Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 3. | Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. | Cöln, den 15. Januar 1909. | Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 7605. — Redaktionsschluß ist Dienstag Mittag. | 10. Jahrg.

Eine ernste Aufgabe.

Innerhalb der letzten Jahre haben sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung Symptome bemerkbar gemacht, die eingehende Beachtung erheischen. Wir meinen die Kämpfe um Umfang und Auffassung des demokratischen Prinzips. Bisher fast ausschließlich in den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist es zu scharfen Gegensätzlichkeiten gekommen zwischen Organisationsleitung und Mitgliederkreisen. Der Kern des Streites war in einer geteilten Auffassung über das Bestimmungsrecht bei gewerkschaftlichen Maßnahmen — vor allem bei Kämpfen — zu suchen. Der verloren gegangene Berliner Bauarbeiterkampf wurde gegen den Willen der Organisationsleitung geführt. Die Tarifabschlüsse im Baugewerbe im vergangenen Frühjahr stießen in Kreisen sozialdemokratischer Bauhandwerker auf starken Widerspruch. Zu offenen Skandalen wuchsen sich die Kämpfe auf dem Stettiner „Vulkan“ und neuerdings auf dem Strebelwerk zu Mannheim aus. Trotz der dringendsten Vorstellungen der Organisationsleitung waren in beiden Fällen einige hundert Mitglieder nicht zur Einstellung aussichtsloser Kämpfe zu bewegen. Sie bestanden auf Fortführung des Kampfes, selbst auf die in diesem Falle unabwendbare Gefahr, durch angedrohte Aussperrungen viele Tausende von unbeteiligten Arbeitern mit ihren Familien mit in einen aussichtslosen Kampf mit allen seinen Nachteilen zu verwickeln. Nur die Anwendung schärfster Mittel — Entziehung jeglicher Unterstützung — konnte schließlich die beteiligten Arbeiter zur Vernunft bringen. Und als notwendige Folge: Erbitterung auf der einen Seite; Schädigung des gewerkschaftlichen Ansehens auf der anderen Seite.

Es wäre nicht gut, wenn diese bedauerlichen Erscheinungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zur Regel würden. Dies ist unserer Meinung nach bei genügender Anwendung der richtigen Vorbeugemaßnahmen auch sehr gut zu vermeiden. Im Grunde genommen können und sollen prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über gewerkschaftliche Aufgaben und Bedürfnisse zwischen Leitung und Mitgliedern gar nicht vorhanden sein. Beide Teile sind sich einig darin, daß innerhalb des programmatischen Rahmens mit allen gebotenen Mitteln eine Verwirklichung der Aufgaben angestrebt werden muß. Die Meinungsverschiedenheiten konzentrieren sich schließlich um die eine Zweckmäßigkeitsfrage: Fahren die Gewerkschaftsaufgaben dann am besten, wenn die Entscheidung über sie der breiten Masse oder den führenden, über der Masse stehenden Vertrauenspersonen in die Hände gelegt wird? Also über das Ziel sind sie alle im klaren. Nur ist die strittige Frage, wer in kritischen Momenten den Weg bestimmen soll. Wenn wir diese Frage hier im Sinne unserer modernen gewerkschaftlichen Bedürfnisse beantworten, so möchten wir über die vielumstrittene Frage der Demokratie in den Gewerkschaften das folgende sagen. Die Gewerkschaften müssen notwendig demokratische Gebilde sein. Das Interesse und die lebendige Anteilnahme jedes einzelnen Gliedes der Gewerkschaft wird dadurch geweckt, daß ihm ein Mitbestimmungsrecht innerhalb des Ganzen zusteht. In dem demokratischen Charakter der Gewerkschaften beruht deren innere Kraft. Hier ist die Quelle, der das für den Fortschritt so notwendige Leben entquillt. Wäre es anders so liefen die Gewerkschaften Gefahr, zu verknöcherten, bürokratischen Gebilden herabzusinken. Und so sind die deutschen Gewerkschaften ihrer Verfassung nach demokratisch. Kein Glied ist ohne Einwirkung auf die Gestaltung des Ganzen. Die Vertrauenspersonen sind nicht auf autokratischem Wege, sondern aus dem Willen der breiten Gesamtheit heraus an ihre Stelle gesetzt. Dieser selbe Willensfaktor ist gegebenenfalls auch maßgebend bei hier etwa zu treffenden Veränderungen.

Und doch zeigen die zu Anfang aufgeführten Vorkommnisse, daß eine verkehrte Auffassung des demokratischen Gedankens nur zum Schaden der beteiligten Arbeiterkreise ausschlagen kann. Die Bedürfnisse und das wohlverstandene Interesse aller Mitgliederkreise erfordern es nun einmal, daß das Wort der über alle einschlägigen Momente informierten Leitung im gegebenen Moment über die Ansicht lokal begrenzter Kreise gestellt wird. Der gewerkschaftliche Kampf hat eine stufenweise Entwicklung durchgemacht. Als örtliche Organisationen vielfach auf eigene Kosten oder im Vertrauen auf freiwillige Hülfe von anderer Seite gegen vielfach unorganisierte Unternehmer Kämpfe führten, da mochte das Selbstbestimmungsrecht hingehen. Aber heute liegen die Dinge wesentlich anders. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden heute durchgängig aus regulären Mitteln der Gesamtheit geführt. Die Leitung, als Instanz für die Interessen dieser Gesamtheit hat demgemäß die Verpflichtung, bei lokalen Differenzen auch die Interessen der übrigen Gesamtheit wahrzunehmen. Sodann hat in Unternehmerkreisen der Organisations- und Solidaritätsgedanke mächtig Wurzel geschlagen. Oertliche Differenzen bilden sehr leicht den Anlaß für Unternehmerorganisationen, für weitere Bezirke das Mittel der Aussperrung in Anwendung zu bringen. Bereits sind die Vorgänge in Stettin und Mannheim. Und da wäre es geradezu eine Ungeheuerlichkeit, für die vermeintlichen Interessen Weniger Tausende von Unbeteiligten büßen zu lassen. Die Kampffront hat sich somit gegen früher grundlegend verschoben. Noch etwas anderes: Schon heute sind die Arbeitgeberorganisationen dadurch im Vorteil, daß sie verhältnismäßig abgeschlossen und geheim ihre taktischen Maßnahmen beschließen können. Bei Durchführung des extrem demokratischen Gedankens wären hiergegen die Gewerkschaften gezwungen, zum Verständnis ihrer Maßnahmen ihre ganzen Pläne und auch ihre evtl. Schwächen in aller Oeffentlichkeit darzulegen. Die Folgen kann sich jeder leicht ausdenken. Alles in allem: Der demokratische Charakter, soweit er zweckmäßig und notwendig erscheint, in Ehren, aber die heutigen Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Kampfes verlangen weniger schematische Anwendung demokratischer Formeln, als vielmehr auch Vertrauen zu der Tüchtigkeit und Lauterkeit derjenigen, die nun einmal durch das Vertrauen ihrer Kollegen an die Spitze gestellt wurden.

Es ist im übrigen sehr bezeichnend, daß mit den bezeichneten Schwierigkeiten fast ausschließlich die sozialdemokratische Bewegung bisher zu rechnen hatte. Hier bewahrheitet sich das Sprüchwort: Wie man sät, so man erntet! So lange noch keine ernsthafte praktische Arbeit geleistet werden mußte, war die sozialdemokratische Agitationsweise äußerst bequem. Sie bestand in dem Appell an die Instinkte der Massen. Denen wurde in widerlicher Weise geschmeichelt. Es wurde ihnen eine Macht eingeredet, die im entferntesten nicht vorhanden war. Einsichtige Leute haben längst eingesehen, daß sich diese Agitationsweise eines Tages bitter rächen müßte. Bei der genannten Agitationsweise war das „Hosiannah“ so leicht zu erreichen. Heute kollidiert dieselbe mit den praktischen Bedürfnissen und dieselben Massen sind eben so freigibig mit ihrem „kreuziget ihn!“ .... Interessant ist auch das Verhalten der Sozialdemokratie dort, wo früher christliche Organisationen mit Disziplinlosigkeit zu rechnen hatten. Als der christliche Textilarbeiterverband 1905 in Aachen in einer solchen Situation stand, versuchte die rote Presse alles mögliche, um die disziplinlosen Massen gegen die Leitung zu verhetzen. „Verkauft und verraten, unverschämter Gewaltakt“ usw. tönte es da, trotzdem der christliche Verband nichts weiter tat wie seine Schuldigkeit. Warum zetert dieselbe Presse denn heute nach Stettin und Mannheim nicht über „Verrat?“

Die beste Vorbeugungsmaßnahme gegen derartige das gewerkschaftliche Ansehen schädigende Vorkommnisse liegt in einer vernunftgemäßen Erziehungsarbeit begründet. Die agitatorisch tätigen Kollegen sollen sich vor allem stets bewußt sein, daß nicht durch schöne volltönende Phrasen und alle möglichen Versprechungen eine Bewegung aufrecht erhalten bleiben kann. Vielmehr sollen sie sich an die gegebenen Möglichkeiten halten. Hier bewahrheitet sich immer wieder, daß das Ansehen der Organisation und die Autorität der Führer nie mehr erschüttert werden können, als wenn auf der einen Seite große Versprechungen stehen und wenn dann die Massen auf der anderen Seite die Unfähigkeit sehen, das Versprochene einzulösen. Mit den durch große Versprechungen gewonnenen Mitgliedern ist auch in der Regel nicht viel anzufangen. Bei dem ersten Sturme fallen sie ebenso schnell wieder ab, wie sie gekommen. Wirklich gewerkschaftliche Schulung, Aufklärung über gewerkschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sichern dagegen endlichen Erfolg. Allerdings, auf diese Weise dauert es länger. Das mit solchem Material errichtete Gebäude ist aber auch solider. Wenn in dieser Richtung sich unsere Arbeit bewegt, dann wird unsere Bewegung von derartigen traurigen Vorkommnissen verschont bleiben. Dann wird wegen eines falsch angewandten demokratischen Prinzips nicht das ureigene Interesse der Mitglieder selbst geschädigt werden.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweise.

(Mit besonderer Berücksichtigung Württembergs.)

Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis und die damit verbundene Arbeitslosigkeit bildet das Tagesgespräch nicht nur der unmittelbar daran interessierten werktätigen Bevölkerung, sondern auch weiter uns nicht immer sympathisch gegenüber stehenden Kreise. War sie doch schon zu wiederholtem Male der Gegenstand von Anträgen und Interpellationen sowohl im Reichstag und den übrigen einzelstaatlichen Parlamenten, als auch in den Kommunalverwaltungen. Und mit Recht. Die Arbeitslosigkeit hat einen Umfang angenommen, wie er in den letzten Jahren unbekannt war. Man ist deshalb schon von verschiedenen Seiten daran gegangen, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Wirkung dieser Erscheinung für die Arbeiterschaft in etwa abzuschwächen. Daß die Arbeitsvermittlung jetzt auch wieder eine erhöhte Bedeutung erhält, versteht sich von selbst.

Werden wir uns zunächst klar über den Umfang der jetzigen Arbeitslosigkeit. Hier nur einige Zahlen: Im 2. Quartal 1908, also zu einer Zeit, in der von Arbeitslosigkeit wenig zu verspüren sein sollte, hatten die der Statistik des kaiserl. statistischen Amtes angeschlossenen Arbeiterfachverbände rund 34600 Arbeitslose. Da aber die organisierte Arbeiterschaft gegenüber den in der Arbeiterversicherung angemeldeten Lohnarbeitern nur eine Minderheit darstellen, so kann man sich ein Bild hiervon machen. Später haben, wie aus einer der letzten Nummern unseres Organs ersichtlich ist, verschiedene Großstädte auf energisches Fordern der Arbeiterschaft eine Arbeitslosenzählung veranstaltet, welche ebenfalls eine hohe Arbeitslosenzahl zu Tage förderte. So z. B. Berlin über 40000, Elberfeld 2100 usw. Es ist deshalb geradezu frivol, wenn von seiten der Scharfmacher eine Arbeitslosigkeit überhaupt in Abrede gestellt wird. So schreibt z. B. die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in Nr. 50 u. a. folgendes:

„Die Freizügigkeit proklamiert das Recht, hinzugehen, wo man will, dort Arbeit zu nehmen, wo man sie findet. Findet man sie dann aber nicht an dem gewünschten Ort, so ruft man wieder nach staatlichem und kommunalem Eingreifen. Man muß sich klar machen, daß, wenn man selbst das Recht auf Arbeit anerkennt, damit noch lange nicht das Recht auf bestimmte Arbeit und das Recht auf Arbeit an einem bestimmten Ort ausgesprochen ist. Nichts mehr und nichts weniger aber fordern die meisten derjenigen, welche glauben machen wollen, daß eine übergroße allgemeine Arbeitslosigkeit vorhanden ist, welche das Eingreifen der Regierung, der Kommunen usw. fordert.“

Im selbigen Artikel weist sie dann auf die auch im Reichstag bei Besprechung der Interpellation betr. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit von einzelnen Rednern erwähnte „Leutenot auf dem Lande“ hin mit dem Bemerken, daß hier ein befriedigender Ausgleich geschaffen werden könnte. Treffend widerlegt Dr. E. Franke-Frankfurt in einem Artikel im „Arbeitsmarkt“ diesen Einwand. Er schreibt:

„Freilich, einen Haken hat es mit der Arbeitswilligkeit dieser Kategorie. Sie wollen arbeiten, aber in ihrem Beruf. Sie konstruieren also nicht nur ein Recht auf Arbeit — das tun sie ohne Ausnahme — sondern sogar ein Recht auf Arbeit in dem erlernten Berufe. Und darin dürfte zum Teil die Lösung der Unstimmigkeit zu finden sein, der Unstimmigkeit zwischen den Klagen der Landwirtschaft über Leutenot einerseits und der herrschenden großen Arbeitslosigkeit andererseits. Dem stellenlosen Handwerker und Fabrikarbeiter muß es schon ganz schlecht gehen, wenn er sich zur Annahme einer landwirtschaftlichen Stellung entschließt. Ganz abgesehen davon, daß für die meisten solche Stellungen mit ihrer langen und schweren Arbeit und den ungewohnten Ernährungsverhältnissen der städtische Arbeiter sich nicht eignet und daß viele Leute aus Berufen, die auf große Feinfühligkeit der Hände angewiesen sind, wie Uhrmacher und Feinmechaniker, sich die Fähigkeit, ihr erlerntes Gewerbe ausüben zu können, auf lange Zeit verderben würden.“ (Arbeitsm. S. 108.)

Zu dieser treffenden Widerlegung möchten wir noch bemerken, daß die Herren Scharfmacher nicht im mindesten daran denken würden, auch nur die Umzugskosten für diese „Abschiebung aufs Land“ zu tragen, geschweige denn, die übrigen finanziellen Opfer, mit denen der Vorschlag der „Arbeitgeberzeitung“ verbunden wäre, aufzubringen. Ja, nicht einmal die von einzelnen Stadtverwaltungen gewährten Zuschüsse an die Gewerkschaften zur Linderung der Arbeitslosigkeit gönnen diese Herren den Arbeitern, wie wir von dem bekannten Dr. Tille gelesen haben.

Verschiedene Städte sind nun bereits dazu übergegangen, der Arbeitslosigkeit bzw. die nachteiligen Wirkungen derselben für die Arbeiter durch mancherlei in unserem Organ schon näher besprochenen Einrichtungen in etwa entgegenzusteuern. Es muß jedoch noch auf andere Einrichtungen mehr gesehen werden, vor allem auf die Pflege und den weiteren Ausbau der Arbeitsnachweise. Sie sind, um eine richtige und hauptsächlich für die jetzige Zeit so vorteilhafte Verteilung der Arbeitskräfte herbeizuführen, unentbehrlich geworden. Staat und Kommunen müssen miteinander Hand in Hand arbeiten, um auf diesem Gebiete etwas Vollständiges zu schaffen. Durch Fahrpreisermäßigung usw. muß die Arbeitsvermittlung möglichst billig bewerkstelligt werden, damit sie den Privat-Stellenvermittlungen, denen ja nur der Profit am Herzen liegt, so nach und nach das Handwerk gelegt werden kann. Auf diesem Gebiet darf mit Recht die „Oeffentliche Arbeitsvermittlung in Württemberg“ als vorbildlich bezeichnet werden. Nachdem im Laufe der Jahre 1894 und 1895 mehrere Arbeitsämter errichtet waren, wurde durch Ministerialerlaß vom 17. Dezember 1895 die Landeszentrale in Stuttgart ins Leben gerufen und der Verbindungsdienst der württemb. Arbeitsämter eingerichtet unter Uebernahme der Kosten, einschließlich der Telephonabonnements und Sprechgebühren, auf die Staatskasse. Diese endlich durchgeführte Zentralisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung hat deren Entwicklung im Laufe der Jahre sehr gefördert, sodaß heute in Württemberg 15 Arbeitsämter bestehen.

Insgesamt waren nach dem 12. Geschäftsbericht des städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart im Jahre 1907 bei den württemb. Arbeitsämtern 118370 Stellenangebote (75654

männl., 42716 weibl.) anhängig, wovon 81480 = 68% erledigt wurden. An Stellengesuchen sind zu verzeichnen 127482 (95769 männl. und 31713 weibl.) und wurden erledigt 81752 = 64%. Den Hauptanteil hat naturgemäß das Stuttgarter Arbeitsamt; denn es hatte 81095 Stellenangebote, 84052 Stellengesuche und 62918 vermittelte Stellen zu erledigen. Als Aufwand für das Arbeitsamt waren per 1. April 1907/08 40000 Mk. in den städtischen Etat eingestellt und zwar 31195 Mk. für den persönlichen und 9205 Mk. für den sachlichen Aufwand. Im Laufe der Jahre wurde das Arbeitsamt immer mehr spezialisiert, sodaß gegenwärtig besondere Abteilungen für die Holz-, Metall-, Bekleidungs- und Reinigungsindustrie, Buchbinderei, Leder- und Nahrungsmittelindustrie, Gärtnerei und Landwirtschaft, für das Bau- und Transportgewerbe, für Wirtschaftspersonal, ungelernte Arbeiter und Dienstboten bestehen, denen besonders geschulte Vermittlungsbeamte vorstehen.

Im verflossenen Jahre wurde auch entsprechend dem Straßburger Vorgang eine besondere Abteilung für die Vermittlung erwerbsbeschränkter Personen eingerichtet, welche ein ganz befriedigendes Resultat zeitigte, denn es wurden gebucht 1100 Stellenangebote, davon erledigt 1046, 1336 Stellengesuche, davon vermittelt 1014. Unter den in ständige Stellen Untergebrachten befanden sich 28 Invaliden- und 24 Unfallrentner, 3 Militärinvaliden und 87 sonstige gebrechliche Personen. Ferner hat das Stuttgarter Arbeitsamt noch eine Reservisten- und eine Lehrstellenvermittlung; eine Schreibstube für stellenlose Kaufleute, welche ebenfalls gute Fortschritte zeitigte und deshalb vorwiegend als soziale Einrichtung betrachtet werden darf, denn sie wird hauptsächlich benutzt von Existenzen, „die ihren Beruf verfehlt haben und die nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und ihrer Ausbildung nicht in der Lage sind, den unter den heutigen Verhältnissen gestellten Anforderungen zu genügen und daher nur schwer und selten für dauernd Unterkommen finden. Doch melden sich auch wirklich tüchtige Kräfte, die teils unverschuldet durch die Ungunst der Verhältnisse in Schwierigkeiten gekommen sind, während andere mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten waren, und es nun oft wirklich recht schwer haben, wieder Stellung zu finden."

Große Schwierigkeiten stellten sich der Entwicklung der Vermittlung im Wirtschaftsgewerbe entgegen, da die privaten Stellenvermittler alle Hebel in Bewegung setzen, um sich diese Domäne zu erhalten, wobei sie bei vielen Gastwirten noch weitgehende Unterstützung finden. Trotzdem hat sich auch im verflossenen Jahre in dieser Abteilung die Frequenz bedeutend vermehrt. Auch auf dem Gebiete der Dienstbotenvermittlung hatte das Arbeitsamt erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, was um so erfreulicher ist, als ebenfalls in Stuttgart eine große Anzahl Privatstellenvermittlungen für Dienstboten sind, welche ihre Vermittlung bis in die Schweiz hinein handwerksmäßig betreiben.

Ferner hebt der Bericht hervor, „daß sich als vorteilhaft erwiesen hätte für die (freien) Gewerkschaften, die von dem Arbeitsamt übernommene Auszahlung der Reiseunterstützung an die Mitglieder und die Kontrolle der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung auf ihre Arbeitslosigkeit." Einsender dieses kann diese Ansicht nicht ganz teilen, da diese Einrichtung bis jetzt oft zu unguusten nicht sozialdemokratisch-organisierter Arbeiter ausgefallen, was auch schon von verschiedenen Seiten bemängelt worden ist. Die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts werden auf die Dauer nicht mit dieser Tatsache einverstanden sein können.

Anschließend an die erfreulichen Erfolge dieser gemeinnützigen öffentlichen Arbeitsnachweise müssen wir auch unwillkürlich wieder an die Vervollkommnung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises denken. Wenn hier in jeder Zahlstelle über die offenen Stellen buchgeführt, die Zahlstellen — vielleicht eines einzelnen Bezirks — jede Woche regelmäßig hierüber einander berichten würden, so könnte noch mancher Verbandskollege untergebracht werden. Hauptsächlich mancher jüngere Kollege würde, da er unter Gesinnungskollegen arbeiten würde, dem Verband erhalten bleiben. Bereits auf der vorletzten Bezirkskonferenz in Stuttgart wurde über diese Materie debattiert und wenn man auch zu keinem entgültigen Resultat gekommen ist, so werden wir auf die Dauer doch nicht daran vorbeikommen können.

Die Kollegen allerorts mögen nun den Ernst der Zeit erfassen. Ueberall sollen die öffentlichen und auch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise benützt und weiter ausgebaut werden. Vor allem aber sollen sich bei den öffentlichen Arbeitslosenzählungen nicht nur die ganz arbeitslosen Kollegen melden, sondern auch diejenigen mit verkürzter Arbeitszeit, damit so den gesetzgebenden Instanzen ein möglichst vollkommenes Material unterbreitet werden kann, diese mithin der Bedeutung und der Tragweite der Wirtschaftskrisen und ihrer schweren Folgen für die Arbeiter sich klar werden und so dem Problem der staatlichen Arbeitslosenversicherung ernsthaft näher treten. Den Unorganisierten soll ferner ständig vor Augen geführt werden, welch eminenten Vorteile in der Organisation liegen, die sie jetzt in Folge ihrer Kurzsichtigkeit entbehren.

L. M.

Der Tischlertag in Düsseldorf.

Unter den Tischlermeistern in Rheinland und Westfalen herrscht seit einigen Monaten Unfriede. Wie dieser entstand, ist nur den Eingeweihten klar. Die Oeffentlichkeit wurde auf die Vorgänge im Bezirksverband rheinisch-westfälischer Tischlerinnungen erst dann aufmerksam, als die plötzliche Entlassung des Geschäftsführers Kükelhaus-Essen in der Presse bekannt gegeben wurde. Diese plötzliche Entlassung, die auf einem außerordentlichen Delegiertentag beschlossen wurde, brachte anstatt des wohl erhofften Friedens noch mehr Unfrieden. Von hüben und drüben wurde scharf geschossen und ging die Richtung Kückelhaus gar zur Gründung eines eigenes Organs über. Nach wie vor wurde auch von dieser Seite Herr Kükelhaus noch als Geschäftsführer des Bezirksverbandes betrachtet. Der Vorstand des Innungsverbandes wurde ob seiner Haltung schwer angegriffen und an die Aufsichtsbehörden gingen mehrfach Beschwerden.

Der Verbandsvorstand hielt es für das Beste, in einer von ihm geleiteten Versammlung eine freie Aussprache der Beteiligten herbeizuführen und so den Frieden zu schaffen. Es fand denn am 29. Dezember 1908 ein „Rheinisch-westfälischer Tischlertag" in Düsseldorf statt mit der Tagesordnung: „Beilegung der Differenzen im Bezirksverbande, event. Schaffung zweier besonderer Bezirksverbände für Rheinland und Westfalen". Mehr als 200 Tischlermeister hatten sich zu dieser Tagung eingefunden. Wie die „Deutsche Tischler-Zeitung" meldet, zeigte sich gleich bei Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Richt-Berlin, daß die Gemüter leidenschaftlich erregt und heftig aufeinanderplatzen würden. Genannte Zeitung schildert die Stimmung folgendermaßen:

„Das war Kampfesstimmung in der unversöhnlichsten und ungezügelten Art, wie man sie in den rückständigsten Arbeiterorganisationen nicht trifft und für die wir hier den passenden Ausdruck lieber unterlassen. Nur wenn Du, Vorstand, Dich ganz unserm Willen fügst — ganz gleich ob Du im Rechte bist oder wir — kannst Du auf unsere Gnade rechnen! Alles schien hübsch wohlorganisiert, sogar ein Abzeichen, welches die Opposition Mann für Mann erkennen ließ, fehlte nicht am Rockkragen.

Bei solcher Stimmung hatte der Bundesvorstand als Leiter der Versammlung einen schweren Stand und undankbare Aufgabe. „Wir brauchen den Berliner Vorstand hier nicht," „Der Berliner Vorstand kann in Berlin bleiben," „Wir sind hier souverän," „Wir lassen uns nicht majorisieren," „Zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung." Solche und ähnliche Rufe schwirrten wild durcheinander. Nur mit großer Mühe konnten die Delegiertenkarten verteilt werden; dabei stellte sich heraus, daß einige kleinere Innungen keine erhalten konnten, weil sie noch nicht als Mitglieder beim Bundesvorstand angemeldet waren. Das entfesselte neuen Sturm.

Nachdem etwas Ruhe eingetreten, hielt der Vorsitzende Richt eine kurze Begrüßungsansprache, in welcher er darlegte, daß nur die wohlmeinendsten Gründe den Bundesvorstand bewogen hätten, diese Versammlung einzuberufen und es geschähe einzig und allein im Interesse der Beteiligten, wenn er sie auch leite, denn nur unter dem Vorsitz eines Unparteiischen wäre, wenn überhaupt, eine ersprießliche Verhandlung möglich. Er bitte, recht ruhig und sachlich zu verhandeln und Persönliches beiseite zu lassen. Und wenn es allen wirklich ernst um den Frieden, dann sei es auch nicht schwer, einen Weg zur Einigung und Einigkeit zu finden, und das wünsche er sehr im Interesse unseres gesamten Handwerks."

Die „Opposition" soll in „recht gehässiger Weise" diskutiert und sich Herr Kükelhaus wiederholt „Zurufe herabsetzender Art" geleistet haben. „Die Debatte bestritten," wie das Organ des Verbandsvorstandes weiter berichtet, „in der Hauptsache die Anhänger Kükelhaus, unausgesetzt meldeten sie sich zu Wort". Während die Versammlung dieselben ruhig anhörte, begleitete sie die Redner von der Vorstandspartei durch „ungehörige" Zwischenrufe. Herr Ferber-Gelsenkirchen bestritt dem Bundesvorstand das Recht, diese Versammlung einzuberufen und zu leiten, griff den Bezirksverbandsvorstand heftig an und stellte sich ganz auf die Seite von Kükelhaus. In dasselbe Horn wie Herr Ferber, nur daß einige sich etwas ruhiger und sachlicher aussprachen, stießen eine Anzahl weiterer Redner, wofür sie tosenden Beifall von den Ihren ernteten.

Den Standpunkt und die Maßnahmen des Bezirksvorstandes verteidigte dessen Vorsitzender Frenken-Krefeld.

„In längeren Ausführungen gab er ein klares und überzeugendes Bild über den Hergang in Sachen Kükelhaus, er schilderte, wie der Bezirksvorstand nur so und nicht anders handeln konnte und daß die Entlassung Kükelhaus die unabweisbare Notwendigkeit einer Kette von Handlungen des früheren Geschäftsführers war. Kükelhaus habe als Angestellter des Bezirksverbandes die Anordnungen des Vorstandes ausführen und dessen Bestrebungen unterstützen sollen, statt dessen habe er kurzweg über die Köpfe des Vorstandes hinweg gehandelt, wenn der Vorstand die Ansichten und Pläne des Kükelhaus nicht gleich zu seinen eigenen machte oder auch nur Zeit zur Prüfung derselben verlangte. So habe Kükelhaus einen Jahres-Etat aufgestellt, der von den Innungen aufzubringende Einnahmen in der nicht geringen Höhe von 16500 Mk. forderte. Einer Vorstandssitzung vorgelegt, verlangte er, der Vorstand solle den Etat sofort annehmen. Der Vorstand aber wollte erst in eine nähere Prüfung eintreten, vielleicht sei nicht so viel Geld nötig, vielleicht lasse sich aber auch noch auf andere Weise Geld verschaffen, um die Mitglieder nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen. Kükelhaus lehnte das Vorhaben des Vorstandes ab und erklärte, sich nunmehr an die einzelnen Innungen selbst wenden zu wollen. Ein anderer Fall: Der Vorstand beabsichtigte mit einem Verlag einen Vertrag abzuschließen. Der Verlag sandte den Vertrag dem Vorsitzenden zur Unterzeichnung. Da der Vertrag aber vom Verlag noch nicht unterzeichnet war, sandte der Vorsitzende denselben zu diesem Zweck zurück. Darauf erhielt er den Vertrag in zwei Exemplaren mit der gewünschten Unterzeichnung. Beim Lesen bemerkte er nun, daß das eine Exemplar einen anderen Wortlaut als das andere habe. Er sandte beide Exemplare an Kükelhaus, der den Vertrag verfaßt habe, mit dem Ersuchen, den Wortlaut übereinstimmend zu machen und sie ihm dann wieder zuzustellen. Erhalten habe er sie aber bis jetzt noch nicht. Warum sie Kükelhaus zurückgehalten habe, sei ihm jetzt ohne weiteres verständlich. In einer Vorstandssitzung, an welcher ein Vertreter des fraglichen Verlages teilgenommen, habe dieser erklärt, Kükelhaus

Freiheit — Recht!

„Friede, Friede! und es ist kein Friede", sprach der Prophet. Aehnlicher Weise rufen auch wir: Freiheit, Freiheit! und es ist keine Freiheit. Völlige Freiheit besteht darin, daß wir keinem Joche, keiner Knechtschaft, keinem Zwange, keinem Drucke, keinem Gesetze, überhaupt keinem fremden Willen unterworfen sind, sodaß wir denken, reden, handeln dürfen wie wir wollen, daß kein Ort, keine Zeit, kein Geschäft mehr uns einschränkt, sondern, daß allzeit und in allen Dingen unser Wille geschieht. Nun frage man sich, ob es in der Welt eine solche Freiheit gibt oder geben kann?

Unsere Zeit gibt uns darüber mehr Aufschluß als alle vergangenen Jahrhunderte. Die Weltgeschichte lehrt uns, daß zu allen Zeiten das Wort Freiheit eine begeisternde, zündende Kraft in sich trug; bei fast allen großen Kämpfen und Völkerbewegungen war das Kampfgeschrei: Freiheit! Im Ringen nach Freiheit, im Namen der Freiheit sind Ströme Menschenblutes geflossen. Vorzüglich war es der ideelle Inhalt des Begriffes Freiheit, welcher die Menschheit zu unbegrenzter Opferfreude anspornte. Es war jener Leung nach einem geheimnisvollen, wohlgehüteten, aber unbekannten Glück. Mag man sich unter dem einzelnen Begriff des Freiheitsideales auch in den Besitz alles irdisch Wünschbaren zu setzen vermögen, immer wird dies befriedigen, den unstillbaren inneren Drang nach höheren, geheimnisvollen, begehrenswerten Zielen.

Heute fehlt es nicht an solchen, welche in ihrer „Begriffshaftigkeit" es unbegreiflich und traurig finden, daß ihre Vorfahren wegen eines Ideales ihr Leben in die Schanzen schlugen. Die Hymnen an die Freiheit sind diesen Spätern nur Produkte krankhafter, überspannter Gehirne. — Nun es mag gehen, daß auch hier, wie bei allem menschlichen Empfinden, sich einzelne Auswüchse ergeben, welche eine Satyre verdienen. — Was aber ist denn die Signatur der modernen Geisteskämpfe in unserm „aufgeklärten, nüchternen Zeitalter?" Doch wohl ebenfalls „Freiheit".

Um was sonst denn drehen sich die leidenschaftlichen Kämpfe der politischen Parteien? Will nicht jede im Namen der Freiheit Erfüllung ihrer Wünsche und Sicherung derselben durch die Gesetzgebung?

Auch der heutige soziale Kampf zeitigt Blüten, welche leider allzu vielfach auf eine Geistesirrung und Begriffsverwirrung schließen lassen. Seufzt nicht die weitaus größte Zahl der Menschheit unter dem Drucke und den Auswüchsen des die wirtschaftliche und politische Freiheit unterdrückenden Kapitalismus? Es haben sich zwei große Arbeiterheere diesem Gesellschaftsfeinde, dem Kapitalismus, entgegengestellt — hie Christlichsoziale — hie Sozialdemokratie. Die letztere operiert extrem radikal, jetzt Gewalt gegen Gewalt und holt sich im blinden Drauflosgängertum unausbleibliche Schlappen und Niederlagen. Man begeistert und berauscht sich an zeitweisen, nicht durch eigene Macht, sondern durch den Zufall der Umstände herbeigeführten Siegen, welche im Hinblick auf den Kern der weltumfassenden sozialen Frage, absolut keine Bedeutung als nur einen partiellen Wert haben.

Dagegen die Christlich-soziale, aus sittlichen und Klugheitsrücksichten die rohe Gewalt als ausschließliches Kampfmittel wie blindes Drauflosgängertum verwerfend, arbeitet mit ruhigem aber höchsten Ernste und besonnener Taktik an die Lösung der sozialen Frage, und eben diese besonnene, überlegene Ruhe hat ihr die Feindschaft, ja den fanatischen Haß der Sozialdemokratie zugezogen. Dieser Haß aber, welcher die gegen die eigenen Brüder angewandten Kampfmittel auf ihre Berechtigung oder Gerechtigkeit nicht prüft, äußert sich in einem allen Freiheitsbegriffen hohnsprechenden Terrorismus. Nun will es aber die Ironie des Schicksals, daß meist jene überbegeisterten Terroristen solche sind, welche für das Freiheitsideal vergangener Zeiten nur ein verächtliches Lächeln haben und dabei von „krankhafter Ueberspanntheit" schwatzen.

Sehr mehr ist es wohl, daß in unserer Zeit von einer so ungeheuerlichen Verzerrung der Recht- und Freiheitsbegriffen geredet werden kann, und auf alle Fälle ist diese Erscheinung für die Gesamtheit der rechtlich strebenden von denkbar ungünstigem Einfluß. Die Christlich-soziale als Arbeiterbewegung gerät als solche auch in moralischen Mißkredit. Ueppig wuchern Vorurteile und Mißverständnisse in den übrigen Gesellschaftsklassen, welche ohnedem uns nicht wohlwollend gegenüberstehen. Oft genug erfahren wir es, daß „gewisse" Kreise sich unter organisierten Arbeitern als eine Horde von Radaubrüdern vorstellt, welche für möglichst wenig Arbeit möglichst viel bezahlt haben wollen. Gewiß ist eine derarttige falsche Anschauung unseres berechtigten Strebens nicht zu entschuldigen, aber zugeben muß man doch, daß gewisse Teile der Arbeiterschaft leider oft genug durch ihr Betragen diesen Begriff genährt und gefördert haben, bei jenen die uns nicht wohl wollen. Wenn es nun auch eine der schwierigsten und notwendigsten Aufgaben ist, ist es doch auch eine der dankbarsten für den besonnenen, ernstdenkenden Arbeiter, sich wieder einen ordentlichen Kredit zu verschaffen, den Beweis zu erbringen, daß der gesunde Kern der Arbeiterschaft recht wohl Recht von Unrecht unterscheiden kann, und die begriffsschwachen Schreier, welche unter der Parole „Freiheit" ihre eigenen Arbeitsbrüder terrorisieren, keineswegs die berufenen Repräsentanten der Arbeiterschaft sind. Daher haben die christlichen Männer allen Ursache, sich in den christlichen Gewerkschaften den ehrlich kämpfenden Kollegen zur Seite zu stellen, um sein Mitbestimmungsrecht zu erobern, das ihm und seiner Familie für die Zukunft ein mehr menschenwürdiges Dasein sichern soll. Dies zu erkämpfen gibt es nur ein Mittel, das ist der Zusammenschluß der einzelnen Schwachen, das ist eine stramm gewerkschaftliche Organisation.

Wie oft ist es schon gesagt, und nicht oft genug kann es gesagt werden, daß der einzelne Arbeiter im heutigen Wirtschaftsleben eine nichtszählende Null bedeutet. Der kapitalkräftige Unternehmer hat es bei seiner wirtschaftlichen Macht an der Hand, die Arbeitsbedingungen, wie Entgelt, eigenmächtig zu diktieren, er muß akzeptieren oder — hungern mit der Familie. — Sollte dieser Gedanke nun nicht schon an sich ein Ansporn sein, sich denen anzuschließen, welche der modernen Sklaverei den Krieg erklärten? Für den rechtlich denkenden und strebenden Arbeiter gibt es aber noch andere Gründe sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen

mache den Abschluß des Vertrages davon abhängig, daß er von dem Verlag als Teilhaber aufgenommen würde. Kükelhaus suchte also mit dem Bezirksverbande für seine Person finanzielle Vorteile zu erlangen. Der Vorstand könne ein derartiges Gebaren seines Angestellten nicht gutheißen. Weiter: Kükelhaus habe im Auftrag des Vorstandes Tarife auszuarbeiten und zu veröffentlichen, da der Verlag ihn aber nicht als Teilhaber aufnahm, unterließ er auch dies. Kükelhaus habe also nicht nur den Interessen des Verbandes entgegengehandelt, sondern obendrein eine grobe Pflichtverletzung begangen. Ferner: Als der Vorstand eine Delegierten-Versammlung nach Düsseldorf einberief, habe Kükelhaus dagegen agitiert und eine Protestversammlung nach Hagen veranlaßt. In derselben habe man auf Betreiben Kükelhaus in ehrenkränkender Weise eine „Ueberwachungskommission gewählt, mit der Aufgabe, den Bezirksverbandsvorstand zu überwachen. Kurzum, Kükelhaus habe sich auf die verschiedenste Weise mit dem Vorstand in Widerspruch gesetzt, gegen ihn agitiert und seine Pflicht als Angestellter verletzt. Kein Arbeitgeber würde sich solche Handlungsweise seitens eines seiner Angestellten gefallen lassen noch können, und auch der Vorstand konnte es nicht, ein weiteres Arbeiten mit Kükelhaus war ihm unmöglich."

Diese Ausführungen wurden durch die Anhänger Kükelhaus durch Lärm und Zwischenrufe unterbrochen. Anfänglich soll sich Herr Kükelhaus selbst daran beteiligt haben, bis er denn „infolge seines Verhaltens" vom Vorsitzenden aus dem Saale gewiesen wurde. Einige Ordnungsrufe mußte er dazu einstecken.

Dann kam Herr Rahardt-Berlin ans Sprechen. Was die rheinisch-westfälische Reformbewegung wolle, daß erstrebe der Innungsverband schon seit 25 Jahren. Wenn nicht viel erreicht worden sei, so trügen daran die abseitsstehenden Tischlermeister die Schuld. Zu diesen zählte bis vor kurzem auch die Mehrzahl der Versammelten, die die Zipfelmütze über die Ohren gezogen hätten und nichts vom Innungsverbande wissen wollten.

Die Zurufe während der Rahardtschen Rede wurden immer tumultarischer, sodaß der Vorsitzende, nachdem er dem Redner Gehör verschafft, an das parlamentarische Anstandsgefühl der Versammlung appellierte. Man müsse auch den Gegner hören, gleich ob die Wahrheit bitter schmecke. Während dieses Appells soll sich Herr Kükelhaus beleidigende Zurufe nach dem Vorstandstische erlaubt haben. Dieses veranlaßte den Vorsitzenden, an Herrn Kükelhaus das Ersuchen zu richten, nunmehr den Saal zu verlassen. Hoch gingen die stürmischen Wogen, aber der Vorsitzende ließ sich nicht beirren. Dreimal richtete er an Herrn Kükelhaus die Aufforderung. Als er auch dann den Saal noch nicht verließ, machte ihn der Vorsitzende nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß er nunmehr die Konsequenzen zu tragen habe. Aber Herr Kükelhaus leistete keine Folge, so daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, nachdem Herr Rahardt seine Rede beendet hatte, die Versammlung auf eine halbe Stunde zu vertagen.

Die Aufregung und der Tumult waren aufs höchste gestiegen, doch gelang es einigen Anhängern Kükelhaus, ihn zum Verlassen des Saales zu bewegen. Nach Wiedereröffnung erklärte Herr Golz-Gelsenkirchen, nur auf Zureden von seinen Anhängern, nicht auf die Aufforderung des Vorsitzenden habe Kükelhaus den Saal verlassen und auch nur für die Zeit, wo über seine Person gesprochen würde, nachher müsse er wieder Zutritt haben.

Die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang, zu irgend einem Resultat würde es aber nicht kommen, das ließ sich jetzt schon mit Bestimmtheit voraussagen. Auch jetzt wurde fortwährend das Wort zur Geschäftsordnung und Stimmrecht für die noch nicht beim Bundesvorstand angemeldeten Innungen verlangt. Der Vorsitzende bewilligte dann allen das Stimmrecht. Herr Ruthenfranz-Witten verlas darauf ein Schriftstück, das Herrn Kükelhaus feierte. Bei dessen Gegnern wurde auf dieses die „größte Heiterkeit" laut. Alsdann wurde ein Antrag über den anderen gestellt, Herrn Kükelhaus wieder zur Versammlung zuzulassen. Da die Antragsteller damit keine Gnade beim Vorsitzenden fanden, erschien Herr Kükelhaus auch ohne Genehmigung und trotz Ausweises wieder in der Versammlung. Seine Anhänger ließen ihn hochleben. Der Vorsitzende sah ein, an ein sachliches Verhandeln in dieser Versammlung nicht mehr zu denken war und machte der Versammlung daher den wohlgemeinten Vorschlag: jede Partei wählt drei Vertrauensmänner, die in Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand zunächst einmal für sich allein beraten solle, wie man die Gegensätze beseitigen und zum Frieden käme. Die Anhänger Kükelhaus lehnten den Vorschlag aber ab. Da kein Ausweg mehr möglich war, wurde die Versammlung resultatlos geschlossen. Herr Kükelhaus aber stand dann auf und rief: „Wir bleiben hier und wählen einen neuen Vorstand".

Welchen Verlauf die Nach-Versammlung genommen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Nur findet sich in der „Deutschen Tischler-Zeitung" eine Bekanntmachung nach der die westfälischen Innungen vom rheinisch-westfälischen Bezirksverbande abgetrennt wurden und dem Innungsverbande fortan als Einzel-Innungen angehören.

Und warum? Weil wir, um der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, mit aller Energie für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage einstehen, aber auch im ernsten Wirtschaftskampf nicht den Pfad verlassen wollen, der uns durch die Gebote des Christentums vorgezeichnet ist, weil unser Ziel die Aussöhnung der Klassengegensätze ist, weil wir den sozialen Frieden erstreben. Unsere christliche Arbeiterbewegung ist der beste Beweis dafür, daß man ernst und entschieden an der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage arbeiten und doch unentwegt auf den Grundsätzen des Christentums beharren kann. Ja, — eben die Religion und Christentum machen es ihren Bekennern gerade zur Pflicht, mit allen erlaubten Mitteln vorwärtszustreben. — Die Entrechtung des Arbeiters und die Ausbeutung seiner wirtschaftlichen Notlage und Unfreiheit ist nur möglich bei Außerachtlassung der Gebote des Christentums.

Wer die Gottesgesetze als sittliche Norm für die Handlungen der Menschen leugnet, und die „brutale Gewalt im Kampf ums Dasein" und diesen selbst zum leitenden Prinzip erhebt, der hat keinen berechtigten Grund, sich über das Gebahren der Arbeitgeber zu beschweren, wenn diese ihre günstige Position im „Daseinskampfe" dazu benutzen, die schwächeren Lebewesen niederzuringen. Menschlichkeit und Gerechtigkeitssinn sind vom materialistischen Standpunkte der Arbeitgeber aus betrachtet — unnatürliche Schwächen. Gerade dieser materialistische Standpunkt so mancher Arbeitgeber ist es, welcher ihre Arbeiter zum großen Werkzeuge ihrer Profitsucht degradiert. Der Materialist erkennt die Forderung des Christentums nicht an, im Arbeiter den gleichberechtigten Menschen zu erblicken. Die Gegner des Christentums stellen somit die Dinge auf den Kopf, wenn sie die christliche Lehre für die wirtschaftlichen Schäden unserer Zeit verantwortlich machen. Nicht das „Christentum", sondern das „Unchristentum" weiter Volksschichten ist schuld an den vorhandenen sozialen Mißständen.

Wir christlichen Gewerkschaftler sind uns bewußt, daß wir in rechtem Sinne für Freiheit und Recht streiten. Eine Freiheit ohne sittliches Recht ist für uns undenkbar.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 3. **Wochenbeitrag** im Jahre 1909 für die Zeit vom 10.—16. Januar fällig ist.

Die Zahlstelle **Ahlen** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von **10 Pfg.**

Abrechnung pro 4. Quartal 1908. Die Zahlstellen, welche noch nicht über das 4. Quartal abgerechnet haben, wollen dies umgehend besorgen.

Es wird nochmals daran erinnert, daß mit der Abrechnung alle alten 50 Pfg. Marken eingesandt werden müssen.

Gebeten wird auch um eine möglichst genaue Angabe der Berufszugehörigkeit der Mitglieder.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus taktischen Gründen die Veröffentlichung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

— Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Fürth. Ein Weihnachtsgeschenk wurde den Fürther Holzarbeitern der Möbel- und Spiegelbranche beschert, indem die Arbeitgeber soweit sie dem Verbande angehören, sämtlichen Arbeitern die Karten aushändigten. Man war in Arbeiterkreisen so pessimistisch, anzunehmen, die Arbeitgeber planten, nachdem am 1. Januar die Abmachung des Streiks 1905 ihr Ende erreicht, gegen die Arbeiter in der gegenwärtig schlechten Konjunktur vorzugehen. Von den Arbeitgebern wurde jedoch die Sache so hingestellt, daß man die Entlassung nur zu dem Zwecke veranlaßt habe, um das Geld, das während der Zeit vom 24. Dezember bis 2. Januar jeden Jahres an die Krankenkasse bezahlt werden mußte, zu ersparen. Ein Regierungsentscheid sollte hier maßgebend sein. — Die Pessimisten in den Reihen der Arbeiter sollten trotzdem Recht haben. Die Arbeitgeber stellten an die Arbeiterorganisationen den Antrag, daß die jetzt 54 Stunden betragende wöchentliche Arbeitszeit vor dem 1. Januar 1911 nicht verkürzt werden dürfe. Um eine friedliche Lösung in der gegenwärtigen Krise zu erzielen, hat die Arbeiterschaft den Vertrag der Arbeitgeber angenommen. Somit wurde am 4. Januar, bis auf die Firma Hemmersbach, in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Bis jetzt galt die genannte Firma als diejenige, bei der die Arbeiterschaft mit der Behandlung einigermaßen zufrieden sein konnte. Eine Kommission, die im Auftrage der Arbeiter vorstellig wurde, bekam zur Antwort, daß beabsichtigt sei, den Betrieb so einzurichten, daß mit wenigem Personal derselbe aufrecht erhalten werden kann. Daß die Arbeiterschaft von dem Bericht der Kommission enttäuscht war, ist begreiflich, um so mehr da ihnen die Möglichkeit genommen wurde, sich in der Krankenkasse selbst weiter zu versichern. Sind doch die 8 Tage, in denen zur Weiterversicherung jeder das Recht hat vorbei, durch die Schuld der Firma, die den Arbeitern, die selbst Jahrzehnte in ihrem Betrieb tätig waren, ebenfalls nicht nur die Karten ausgehändigt, sondern den eigentlichen Plan, den Betrieb überhaupt einzuschränken, den Leuten verschwiegen hat. Wie notwendig für die Arbeiterschaft der Zusammenschluß in Berufsorganisationen ist, geht besonders dadurch hervor, daß auch diejenigen, die im neunwöchentlichen Streik 1905 ihre Kollegen verrieten, indem sie Streikbrecher machten, jetzt auch auf der Straße liegen. Während die Organisierten durch den Verband in der Lage sind ruhig den Gang der Dinge abzuwarten, stehen jene jetzt allein; vielleicht gibt Genannten das Vorgehen der Firma Veranlassung in Zukunft ihre Pflichten als Arbeiter auch zu erfüllen. Die Firma selbst jedoch wird „länger als ihr lieb ist" warten müssen, bis sie wieder Arbeiter beschäftigen kann. Die Drohung, daß nur jene, die am Ende der laufenden Woche um Arbeit anfragen, eingestellt werden, wird keinen Erfolg haben, denn die Kollegen beschlossen, nur gemeinsam die Arbeit wieder aufzunehmen, um die Möglichkeit des Aussuchens zu nehmen. Dürfte doch feststehen, daß die Betriebseinschränkung nur ein Vorwand war und das dicke Ende erst kommen würde, wenn man gefügige Leute hätte. Die Kollegen sehen dadurch, wie notwendig es ist, immer mehr dahin zu wirken, daß die Versammlungen besser besucht werden, um sich von der gegenwärtigen Lage der Dinge zu orientieren. Kollegen haltet deshalb zum Verband, zur Pflege der Solidarität und Einigkeit, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

St. Johann. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche leider schwach besucht war. Nach Bekanntgabe des Jahresberichts nahmen wir Anlaß, über die Ursachen der Mitgliederabnahme uns auszusprechen. In der Hauptsache haben wir sie wohl der wirtschaftlichen Krise zu verdanken. Letztere sollte nun keineswegs die Kollegen entmutigen und gleichgültig machen. Sind wir doch bald soweit, daß die Kollegen von der Wohnung zur Versammlung abgeholt werden müssen und daß trotzdem hier die größten Mißstände herrschen. So ist es diesen Sommer vorgekommen, daß in der Schreinerei von Karl Henn Arbeitern, welche im Jahre 1907 noch 48 Pfg. Stundenlohn bekommen hatten, ein paar Monate später, sage und schreibe, 40 Pfg. die Stunde geboten wurde. Hier sieht man auch wieder die Genügsamkeit des sozialdem. Holzarbeiterverbandes. Sagte da der „Genosse Imlos" zum Lokalbeamten, er würde für 40 Pfg. nicht weiter arbeiten. Doch wurde er eines anderen belehrt. Er erhielt die Belehrung, nur ruhig weiter arbeiten, damit sie im kommenden Frühjahr die „Genossen" beisammen hätten. — Als wir vor etwa Jahresfrist in Brebach einsetzten, wo es uns gelang, zwei große Werkstätten zu organisieren, bekam die Werkstätte von Burgard eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde und das von demselben Burgard, welcher vor 2 Jahren die Hunde auf uns zu hetzen drohte und jeden aus der Werkstätte werfen wollte, der in den Verband ging. Als es uns trotzdem gelang, die Kollegen zu organisieren, sprach der Arbeitgeber zu seinen Vertrauten: „Was habt ihr vom Verbande; das Geld könnt ihr sparen, ich gehe auch aus dem Arbeitgeberverbande." Solche Worte werden von den Kollegen nur zu gerne geglaubt und der Erfolg war, daß der größte Teil der Kollegen wieder aus dem Verbande austrat. Jetzt kündigt B. seinen Arbeitern einen Lohnabzug für den Fensterakkord von 10 Prozent an. Dieses müßte doch den Kollegen die Augen öffnen. Kollegen bedenkt, daß die Glaser einen Lohn von 54 Pfg. haben, dagegen die Schreiner für 40 bis 48 Pfg. arbeiten müssen und daß nur die Interessenlosigkeit der Arbeiter selbst Schuld ist, daß wir in Saarabien soweit im Rückstande sind.

Greven. Lange nicht mehr hat unsere Zahlstelle etwas von sich im Organ hören lassen. Am 20. Dezember v. J. hielten wir unsere Generalversammlung ab. Dieselbe war leidlich gut besucht. Der Versammlungsbesuch hat in unserer Zahlstelle in letzter Zeit stark nachgelassen. Wenn die Tarifverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch nicht zu Ende geführt werden konnten, so darf uns das nicht abhalten, den Versammlungen oder gar der Organisation fern zu bleiben. Im Gegenteil, es gilt jetzt erst recht die Zahlstelle zu heben und die Mitglieder zu schulen. Die geistige und sittliche Hebung unseres Standes ist mit eine der Hauptaufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung. Darum auf, Kollegen, bildet euch in den Versammlungen zu Rednern, beteiligt euch an Diskussionen und Unterrichtskursen. Dann wird es auch in unserer Zahlstelle weiter vorwärts gehen. Die christlichen Arbeiter können und dürfen in den angeführten Punkten nicht zurückstehen. Darum auf an die Arbeit.

Korbmacher.

Sassanfahrt. Im November v. J. war es gerade ein Jahr, daß hier eine Zahlstelle unseres Verbandes entstand und alsbald eine Mitgliederzahl von 69 Korbmacher erzielte. Wie es meistens aber schon so geht, haben auch wir harte Proben der Standhaftigkeit durchzumachen gehabt. Die meisten Kollegen waren des längeren Wartens nach Verbesserung ihrer Lage bald müde und drängten zur Lohnbewegung. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage und weil die Unternehmer in das Ausharren der Arbeiter in der Organisation selbst Zweifel setzten, ist es nicht gelungen, derzeit ohne Kampf für die Kollegen etwas herauszuschlagen. Leider haben sich ein Teil der Kollegen auch sehr wenig standhaft gezeigt, denn anstatt durch festes Zusammenstehen den Arbeitgebern ein Beispiel zu geben, hat ein Teil der Kollegen dem Verband den Rücken gekehrt. Furcht und Unverstand waren die Hauptgründe, weshalb diese Kollegen fahnenflüchtig wurden. Zu dem kam noch der Umstand, daß der Vorsitzende krank wurde und später verzog, wodurch die eigentliche Leitung fehlte. Außerdem streute ein übelwollender Vertrauensmann Dinge aus, die ebenfalls nicht geeignet waren, unserer Sache zu dienen. Trotz dieser ungünstigen Umstände fanden sich hier genügend Kollegen vor, die den Wert der Organisation schon tiefer erfaßt haben. In einer allgemeinen Versammlung hat Kollege Schwarzer nochmals den Standpunkt und die Bestrebungen der Organisation klargelegt, dem zur Folge die Kollegen wieder sich zusammenscharten. Des ferneren erhielt die Zahlstelle einen rührigen Vorsitzenden in dem Kollegen J. Ragengast, der keine Mühe scheut um die Zahlstelle hochzuhalten. Nachdem auch die Kassiererstelle in guten Händen liegt, hoffen wir, daß die Zahlstelle noch weitere Fortschritte machen wird. An den Kollegen allein liegt es, wollen sie eine bessere Zukunft erringen, auch im Verbande auszuharren. Ohne Geduld kein Erfolg.

Schäffler.

München. Schon in früheren Berichten wurde über die Lohnbewegung der Münchener Brauereiarbeiter, speziell der Schäffler, in unserem Organ berichtet. Trotzdem der alte Vertrag bereits am 31. Dezember v. J. abgelaufen ist, konnte bis heute der Tarifvertrag nicht erneuert werden. Nahezu 70 Stunden innerhalb 12 Tagen saß die Lohnkommission der Arbeiter mit den Vertretern der 17 Brauereien zusammen und obwohl die Führung der Verhandlung in Händen des bekannten Gerichtsrats Dr. Prenner lag, kam eine Einigung bis jetzt nicht zu stande. Die millionenschweren Münchener Brauherren zeigten sich sehr hartnäckig besonders in Lohnfragen, als ob sie mit der Not zu kämpfen hätten. Das ist aber nicht der Fall, da die Löwenbrauerei z. B. immer noch über 20% Dividende auszahlen kann, wenn auch die übrigen Aktienbrauereien nur bis 10% Dividende herausschinden. Daß die übrigen Besitzer der Privatbrauereien vielfache Millionäre sind, ist bekannt. Unter solchen Umständen hatten die Vertreter keine Veranlassung von ihren Forderungen abzugehen, und sie setzten alles daran, um die gestellten Bedingungen auch zu erreichen. Unser Verband war durch die Kollegen Kandler und Schwarzer vertreten. Bekanntlich haben die Arbeitgeber versucht, die Verhandlungen ohne Inanspruchnahme des Einigungsamtes zu führen. Schon nach zwei Verhandlungen hat sich gezeigt, daß auf diese Weise eine Einigung nicht erzielt werden kann. Als das Einigungsamt später die Vermittlung übernahm, lehnten die Arbeitgeber kategorisch die Zulassung der Presse und der weiteren Oeffentlichkeit ab. Der Grund hierfür war durchsichtig genug und hat sich im Laufe der Verhandlungen auch herausgestellt, daß die Brauereien in vielfacher Hinsicht auch die Oeffentlichkeit zu scheuen

haben. Wohl ist das Münchener Bier fast in der ganzen Welt bekannt und auch beliebt, anders steht es aber mit der sozialen Lage eines großen Teiles der Arbeiter in den Brauereien. So zum Beispiel betrugen laut Tarif die Mindestlöhne für Schreiner, Zimmerer, Maurer 41 Pfg., der Brauerei-, Schäfflerei- und Maschinenhilfsarbeiter 37 Pfg., der Tagelöhner 32 Pfg die Stunde. Arbeiterinnen wurden mit 20—23 Pfg. die Stunde entlohnt. Diese Lohnsätze sind von den übrigen Industriezweigen seit langem schon überholt. Die Differenzpunkte wurden in den langwierigen Verhandlungen gründlich auseinandergesetzt. Zunächst handelte sich's um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeiter verlangten sofort 9½ und ab 1. Januar 1910 9stündige Arbeitszeit pro Tag. Die Arbeitgeber dagegen wollen von einer Verkürzung von mehr als ¼ Stunde pro Tag nichts wissen. Die Arbeitszeit soll also 9¾ Stunden betragen. Die Schäffler haben diese Arbeitsdauer bereits seit Jahren, sie lassen aber von ihren Forderungen mit Rücksicht auf die übrigen Arbeiter ab. Ursprünglich verlangten die Unternehmer, daß die Schäffler an den nichtgesetzlichen Feiertagen ebenfalls arbeiten sollen, was aber von den Vertretern derselben entschieden abgelehnt wurde, weil dies bis jetzt nicht der Fall war. Erst zum Schlusse ließen die Herren diese Verschlechterung des bisherigen Arbeitsverhältnisses fallen, nachdem sie sahen, daß sie mit ihrem Wunsche bei den Arbeitern auf entschiedenen Widerstand stoßen würden. Ausgenommen den Jourdienst, der die Stunde mit 70 Pfg. bezahlt wird, haben die Schäffler an Sonn- und Feiertagen nicht zu arbeiten. Bezüglich der Löhne haben die Arbeitgeber in ihrem Tarifentwurf den Schäfflern keine Lohnerhöhung zugestanden. Der alte Lohn mit Bierentschädigung (31,50 Mk.) sollte bestehen bleiben. Es bedurfte auch hier eines entschiedenen Auftretens, um eine Lohnerhöhung herauszubringen. Nach langem Zögern entschlossen sich die Herren, den Schäfflern folgende Mindest-Lohnsätze zuzustehen: Im 1. Jahr 32 Mk., im 2. Jahr 33 Mk., im 3. Jahr 34 Mk. und im 4. Jahr 35 Mk. die Woche. Für Ueberstunden vor 8 Uhr erhalten die Kollegen 65 und nach 8 Uhr sowie für Sonntagsarbeit 70 Pfg. die Stunde. Die Schreiner, Zimmerer erhalten nach Vorschlag der Arbeitgeber einen Stundenlohn von 48 Pfg. die Stunde. Die Ueberstunden werden gleich den Schäfflern bezahlt. An Urlaub erhalten die Schäffler und die übrigen Handwerker nach einem Jahre 4 Tage und nach dreijähriger Dienstzeit 6 Tage ohne Abzug des Wochenlohnes. Wenn auch ein Teil der Kollegen keine Lohnerhöhung zu verzeichnen hat, so ist die Errungenschaft für diese Berufskategorie nicht zu unterschätzen. Da aber ein großer Teil der Arbeiter, namentlich die ungelernten mit dem Resultat der Tarifverhandlungen sehr unzufrieden war, wurde das ganze Angebot der Arbeitgeber in einer von über viertausend Brauereiarbeitern besuchten Versammlung ohne Widerspruch abgelehnt. Die Kommission wurde beauftragt, nochmals wegen der Differenzpunkte eine Verhandlung anzubahnen, und gelingt denn die Einigung nicht, weitere Schritte zu veranlassen. Dadurch ist die in ihren Folgen unabsehbare Bewegung auf einem kritischen Punkt angelangt. Was weiter geschieht, hängt jetzt von der Stellung der Unternehmer ab.

Gewerkschaftliches.

Zweite Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften Bayerns. Sonntag den 31. Januar findet in Nürnberg die Konferenz der christlichen Gewerkschaften Bayerns statt. Die Konferenz beginnt vormittags 10 Uhr; Tagungslokal ist „Goldener Schwan, Theresienplatz. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in Bayern. 2. Unsere nächsten Aufgaben. Delegierte haben die Ortskartelle zu entsenden. Wo keine Ortskartelle bestehen, entsenden am besten die bestehenden Ortsgruppen eine gemeinschaftliche Vertretung. Die entstehenden Kosten müssen von den Mandatsgebern getragen werden. Weitere Auskunft erteilt das Sekretariat des Gesamtverbandes in München Fürstenfelderstraße 4[1].

Ein neuer Mitstreiter. Unser Bruderverband in Oesterreich gibt mit Beginn des Jahres 1909 ein eigenes Verbandsorgan heraus. Am 8. Januar ist die erste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienen. Vorerst ist eine monatlich zweimalige Herausgabe des Organs gedacht. Die Redaktion gibt dem neuen Blatte folgendes Geleit:

„Die Herausgabe eines eigenen Organes ist so recht das sichtbare Zeichen des Aufblühens und Fortschreitens unserer Organisation. Das Jahr 1908 wird in mannigfacher Beziehung ein denkwürdiges in der Geschichte unseres Verbandes sein. Die schwere wirtschaftliche Krise, die sich allenthalben bemerkbar machte, hat auch die Holzindustrie nicht verschont. Aber trotz der Krise ist die Mitgliederzahl bedeutend in die Höhe gegangen. Während unser Verband vor einem Jahre kaum 600 Mitglieder aufwies, wurde noch vor Neujahr das erste Tausend überschritten! Pro 1908 mehr als 60% Mitgliederzuwachs, das ist das Ergebnis unermüdlicher Organisationsarbeit trotz Krise und Feindseligkeit auf allen Seiten“.

Das Aufblühen des österreichischen Bruderverbandes begrüßen auch die reichsdeutschen christlichen Holzarbeiter auf's herzlichste. Möge die Schaffung des neuen Organs, als Ausdruck des Erstarkens der Bewegung, den gehegten Hoffnungen entsprechen und dem christlichen Holzarbeiter-Verbande Oesterreichs ein weiteres gutes Gedeihen sichern.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Herr Fritz vom Arbeitgeberbunde für's Baugewerbe als Retter des Handwerks. Am Sonntag den 3. Januar d. J. fand im Kriegerheim zu Essen eine Handwerker-Versammlung für den Stadt- und Landkreis Essen statt. Der Zweck dieser Versammlung sollte sein, eine Aussprache und eine Belehrung über die wirtschaftliche Lage des Handwerks. Dies ging auch aus den Worten der Referenten, die sich in sachlicher Weise bemühten, die Schäden des Handwerkerstandes darzulegen, hervor. Eine Resolution die die Schäden aufzählt und Reformen vorschlägt, fand Annahme. In der Diskussion wollte auch Herr Fritz, der Vorsitzende des Bau-Arbeitgeberbundes zeigen, daß er ein handwerkerfreundliches Herz habe. Die von den Referenten angeführten Hauptmißstände (Gewerbefreiheit, Zuchthausarbeit, Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer, Warenhäuser und Konsumvereine) scheinen Herrn Fritz ziemlich belanglos zu sein. Er konnte nach seiner Eigenart dem Handwerkerstande bessere Ratschläge erteilen. Diese waren vornehmlich: Opposition gegen jedwede Sozialpolitik zu Gunsten des Arbeiterstandes. Nach Ansicht dieses Herrn vom Arbeitgeberbund soll ein Reichs-Arbeitslosen-Versicherungsgesetz bald erscheinen, das dem Handwerkerstande schwere Lasten auferlege. Dieses Gesetz würde ein Gesetz voller Hohn werden. Schreiber dieser Zeilen überlief es eiskalt, als von erwähnter Seite eine staatliche Arbeitslosenfürsorge — als eine Prämiierung der Faulheit, wenn auch mit anderen Worten hingestellt wurde. Herr Fritz denkt jedenfalls, daß, wenn die Handwerker auf dies Gebiet geführt werden, sie um so leichter seitens der Großindustrie als lästige Konkurrenten abgetan werden können. Herr Fritz will ohne Zweifel, daß der Handwerkerstand die Emanzipation des Arbeiterstandes aufhalte, damit der extreme Kapitalismus freie Bahn habe. In ähnlicher Weise wie die Arbeitslosenversicherung beurteilte Herr Fritz das kommende Arbeitskammergesetz. „Die Handwerker, die Kaufleute bedürfen nicht der Arbeitskammern, dieselben haben ihre Vertretung in den Handels- bzw. in den Handwerkerkammern. Wenn dann die Arbeiter eine ähnliche Institution wünschen, dann mögen sie Arbeiterkammern fordern, dessen Kosten sie selbst tragen müssen.“ So Herr Fritz. Abgesehen von der sozialdemokratischen Forderung, die sich Herr Fritz zu eigen macht, scheint er nicht zu wissen, daß eine solche Forderung im Parlament einstweilen keine Mehrheit findet. — Wir durchschauen die Argumente der Scharfmacher und wünschen, daß alle Arbeiter auf der Hut sind, damit solche Gelüste zuschanden werden.

Ein Teilnehmer der Versammlung.

Aus dem gewerblichen Leben.

Ueber den Umfang der Kruppschen Anlagen finden sich in der Zeitschrift „Kulturfragen“ interessante Angaben: Die gesamten zum Verkauf kommenden Kruppschen Fabrikate werden vom Erz an ausschließlich in den eigenen Betrieben der Firma erzeugt. An Eisenbergwerken hat Krupp 37 im Betrieb, 20 Tiefbau- und Stollengruben sind mit vollständiger maschineller Einrichtung ausgerüstet. Gewonnen wird etwa eine Million Tonnen à 1000 Kilogramm Eisenerze, die dann in den eigenen Hütten zu Eisen und Stahl verarbeitet werden. Von diesen Hütten ist die bedeutendste die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, eines der größten Hüttenwerke Europas, mit 8 Hochöfen, 1 Thomasstahlwerk und 1 Martinstahlwerk. Die Hütte besitzt einen eigenen Hafen mit einem Kai von 530 Meter Länge. Außer Roheisen werden in Rheinhausen Halbfabrikate aus Thomas- und Martinstahl, alle Arten Oberbaumaterial für Eisenbahnen, wie Schienen, Schwellen, Laschen, Formeisen und Stabeisen jeder Art hergestellt. — Das Stahlwerk Annen, das 3 große Martinöfen und 2 Schmelzöfen für Tiegelstahl besitzt, fertigt Stahlformguß in Siemens-Martinstahl und Tiegelstahl bis zu einem Stückgewicht von 25 000 Kilogramm, ferner Gewehrlaufstäbe und Walzstahl für Gewehrteile. — Das Grusonwerk in Magdeburg-Buckau stellt her: Hartguß jeder Art, insbesondere für Panzerungsmaterial, Artilleriematerial, Kriegsfahrzeuge, Grauguß, Temperguß, Metallguß, Stahlformguß, Kräne, Walzwerke, Pressen, Zerkleinerungsmaschinen, vollständige maschinelle Einrichtungen für Aufbereitung, Einrichtungen für Kabel-, Pulver-, Zementfabriken usw. — Die Germaniawerft in Kiel liefert Kriegsschiffe alle Typen einschließlich Unterseeboote, deren Konstruktion und Bau sie als alleinige deutsche Privatwerft bisher ausführt, ferner Schnelldampfer und Handelsschiffe jeglicher Art, Dampfmaschinen, Dampfturbinen usw. — Die Gußstahlfabrik in Essen besitzt 9 Stahlwerke und zur Weiterverarbeitung des in ihnen erzeugten Stahls 16 Walzenstraßen, 79 hydraulische Pressen, darunter 8 Stück von 1800—10 000 Tonnen Druckkraft, 181 Dampf- und Transmissionshämmer bis zu einem Fallgewicht von 50 000 Kilogramm, 7160 Werkzeugmaschinen, darunter die größten bisher gebauten, 384 feststehende und bewegliche Dampfkessel, 554 Dampfmaschinen mit zusammen 67 556 Pferdestärken, 1991 Elektromotoren von zusammen 34 917 Pferdestärken, 847 Kräne von 400—150 000 Kilogramm Tragfähigkeit. — In der Steinkammer werden für den eigenen Bedarf täglich etwa 228 000 Kilogramm feuerfeste Steine hergestellt, die Tiegelkammer liefert täglich bis zu 4500 Schmelztiegel. — Der Wasserverbrauch der Gußstahlfabrik, dem vier getrennte Anlagen dienen, beträgt jährlich etwa 17 Millionen Kubikmeter, fast ebensoviel wie der der Stadt Köln; der Gasverbrauch fast 20 Millionen Kubikmeter oder ebensoviel wie die Stadt München. — Daß ein privates Eisenbahnnetz vorhanden ist, ist selbstverständlich. — In dieser gewaltigen Anlage werden hergestellt: alle Arten Geschütze, Kriegsfahrzeuge, Geschützpatronen, Panzerplatten, alle Arten Material für Eisenbahnen, Schiffbau und Maschinenbau, Werkzeugstahl, Feldbahnmaterial usw. — Die Steinkohlen für alle Betriebe liefern die eigenen Bergwerke, die 1907 eine Produktion von über 2 Millionen Tonnen hatten.

Die gesamten Betriebe sind ausschließliches Eigentum der Kruppschen Familie. Belastet mit Hypotheken ist bis auf das Grusonwerk, die Germaniawerft und einige Kohlenzechen keiner der zahllosen Riesenbetriebe, deren Gesamtwert wohl auf mindestens 300 Millionen geschätzt werden kann. Der Nettoüberschuß des Jahres 1896/97 belief sich auf rund dreißig Millionen Mark. Das Werk wächst weiter, gerade jetzt nimmt Krupp zwecks Erweiterung der Betriebe eine Anleihe von 50 Millionen Mark auf, ohne daß vom Schuldner eine Sicherheit gegeben oder vom Gläubiger verlangt wird.

Ueber die Gewinne der Akt.-Ges. Fried. Krupp in Essen orientiert die vor kurzem zur Veröffentlichung gelangte Bilanz für das Geschäftsjahr 1907/1908. Die Dividende beträgt 8 pCt., während sie im Vorjahre 10 pCt. betragen hatte. Der Reingewinn beläuft sich einschließlich 1 000 882 Mark (200 829) Vortrag auf 18 589 052 Mark (i. V. 25 053 095). Vorher sind von dem Betriebsüberschuß für die Arbeiterversicherung 3 566 305 Mk. (3 391 042) und für Wohlfahrtsausgaben 5 032 099 Mk. (4 785 190) in Abzug gebracht worden. Die Auszahlung der Dividende erfordert 14 400 000 Mk. (18 000 000). An die Sonderrücklage werden aus dem Reingewinn 1 000 000 Mk. (4 500 000), an die ordentliche Reserve 925 408 Mk. (1 242 213) und an die Beamten-Pensionskasse 500 000 (1 000 000) an die Arbeiterstiftung) überwiesen. Zum Vortrag auf neue Rechnung gelangen 1 554 644 Mk. (i. V. 100 882 Mk.).

Adressenveränderungen.

Delmenhorst. V. R. W. Piel, Oldenburgerstraße 50.[1]
Kaufbeuren. V. Marzell Schwarz, Breiten Bach 214.
R. Math. Failsch, Neue Gasse 363. 6—7 Uhr.
St. Johann. R. Peter Roth, Bleichstraße 8.

Briefkasten.

Die Zahlstelle Schwelm ersucht um Bekanntgabe der Adresse des Kollegen Otterpohl.

Die Zahlstelle Recklinghausen wünscht die Adresse des Schreiners Conrad Thebou. — Verbandsmitgliedern, denen der Aufenthalt der beiden Kollegen bekannt ist, wollen den genannten Zahlstellen Nachricht geben.

Detmold.
Grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stillehre I. T., f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.

Zahlstelle Ulm.
Unsere Generalversammlung findet am Samstag den 16. Januar im „Herrenkeller“ statt. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. — Das Lokal zum „Herrenkeller“ wird allen christl. Gewerkschaftlern bestens empfohlen. Für gute Bedienung ist gesorgt; auch liegen sämtliche christl. Gewerkschaftsblätter auf.
Der Vorstand.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Bayerschestrasse Nr. 115.

Deutsches Technikum
Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht
Berlin XIII, Schönebergerstrasse 8
Leiter: Diplom-Ingenieur, Regierungs-Baumeister a. D. R. Barkow.
Gediegene theoret. Ausbildung für Bau- u. Möbelschreiner durch schriftlichen Unterricht, nach erfolgreicher Methode u. ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Honorar mässig. Bequeme Zahlungsbedingungen! Alle Lehrmittel werden mitgeliefert. Teilnahme am Unterricht zu jed. Zeit möglich.
Ausführliches Programm gratis.

Ein tüchtiger, selbständig arbeitender
Holzbildhauer
auf bessere Möbel in altdeutschem und modernem Stil findet dauernde Stellung bei
Hermann Schulte, Möbelfabrik,
Leer in Ostfriesland.

Das allgemeine und praktische Wissen
4 Bände (1., 2., 4. und 5. Band) ganz neu (jeder Band kostete 20 Mk.) billig abzugeben. Kollegen, die Interesse daran haben, wollen sich mit dem Vorstand der Zahlstelle Viersen in Verbindung setzen.

Genossenschaftl. Bürstenfabrik
Ramberg (Pfalz).
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschreiben
Eustach. Biller, Marqueteur,
Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Zahlsterne Herne.
Am 17. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche dem Orts-Kartell angeschlossenen Verbände statt. Eine vollzählige Beteiligung unserer Kollegen erwartet.
Der Vorstand der Zahlstelle.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Jansen, Cöln. — Druck von Heinrich Theissing, Cöln.